

BRIEFMARATHON 2012

10. DEZEMBER – INTERNATIONALER
TAG DER MENSCHENRECHTE

AMNESTY
INTERNATIONAL



SCHUTZ FÜR LAÍSA SANTOS SAMPAIO, BRASILIEN

Mit dem Tod bedroht wegen ihres Widerstands gegen die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes

«Im Amazonas fließt Blut, und es wird immer mehr» (Laísa Santos Sampaio)



Die Lehrerin Laísa Santos Sampaio lebt in einer kleinbäuerlichen Gemeinschaft von rund 350 Personen in Nova Ipixuna im brasilianischen Amazonasgebiet. Die Gemeinschaft lebt von der nachhaltigen Nutzung eines der letzten intakten Regenwaldgebiete der Region, und Laísa stellt in einem Frauenprojekt Kosmetika, Salben und Naturheilmittel aus Nüssen und Früchten her.

Die Gemeinschaft wehrt sich gegen die weit verbreiteten Waldrodungen und den illegalen Holzschlag. Sie ist deshalb grossem Druck ausgesetzt und stark gefährdet. Im Mai 2011 wurden die Schwester und der Schwager von Laísa von Auftragskillern ermordet. Dutzende von Mitgliedern der Gemeinschaft sind seither aus Furcht um ihr Leben geflohen, und das Frauenprojekt musste seine Arbeit vorübergehend einstellen. Nachdem ihr Haus und ihre Felder bereits 2010 niedergebrannt worden sind, erhielt Laísa im August 2011 dieselben Drohungen wie zuvor ihre danach ermordeten Verwandten: Eine Kokospalme wurde 150 Meter vor ihrem Haus über die Strasse gelegt und ihr Hund mit acht

Schüssen getötet. Laísa floh daraufhin in die Provinzhauptstadt Marabá, musste aber aus wirtschaftlicher Not nach 7 Monaten wieder nach Nova Ipixuna zurückkehren. Sie ist seither erneut massiven Todesdrohungen ausgesetzt.

Trotzdem hat es die brasilianische Regierung bislang abgelehnt, Laísa Santos Sampaio unter das nationale Schutzprogramm für bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen zu stellen. Gelegentliche Patrouillen der lokalen Militärpolizei ändern nur wenig an der Bedrohungssituation.

Gerade im Bundesstaat Pará im südlichen Amazonasbecken, wo Nova Ipixuna liegt, stehen kleinbäuerliche Gemeinschaften unter grossem Druck von illegalen Holzfällern und von Viehzüchtern und Holzkohleproduzenten. Wer sich deren Interessen entgegen stellt, lebt in grosser Gefahr. In Brasilien wurden seit 1980 mehr als 900 Personen in Zusammenhang mit derartigen Konflikten ermordet. Nur in wenigen Fällen kam es zu Gerichtsverfahren. Anderslautender Versprechen zum Trotz fehlt es den brasilianischen Behörden am politischen Willen, nachhaltig wirtschaftende Gemeinschaften entschieden zu schützen und den Interessen der Holzschlaglobby entgegen zu treten.

► **WERDEN SIE AKTIV UND FORDERN SIE VON DER BRASILIANISCHEN MENSCHENRECHTS-MINISTERIN,**

- **Laísa Santos Sampaio unter das Schutzprogramm für MenschenrechtsverteidigerInnen zu stellen und umgehend wirksame Massnahmen zu ihrem Schutz zu veranlassen,**
- **Versprechungen, mehr als hundert MenschenrechtsverteidigerInnen in der Region Pará zu schützen, öffentlich Nachdruck zu verleihen und umzusetzen.**

Anrede: Sehr geehrter Frau Ministerin

Senden Sie Ihre Briefe an:

*Sra. Ministra Maria do Rosário
Secretaria de Direitos Humanos
Setor Comercial Sul,
Edifício Parque da Cidade Corporate,
Quadra 9, Lote C, Torre A , 10º andar 70.308-200 - Brasília/DF*

Fax: +55 61 2025-9414

Portokosten für Brasilien: CHF 1.60

► **UND SCHICKEN SIE LAÍSA EINE SOLIDARITÄTSBOTSCHAFT:**

Bestellen Sie über info@amnesty.ch Solidaritätspostkarten für Laísa oder schicken Sie eigene Briefe/Karten!

Textvorschlag:

Milhares de membros e amigos e amigas da Anistia Internacional estão exigindo do governo brasileiro medidas efetivas para tua proteção. Te agradeço pelo teu engajamento: Você não esta sozinha!

Tausende von Mitgliedern und SympathisantInnen von Amnesty International schreiben an die brasilianische Regierung und fordern wirksame Massnahmen zu deinem Schutz. Ich danke dir für dein Engagement – du bist nicht allein!

Schicken Sie Ihre Mitteilungen an:

Comissão Pastoral da Terra: Pará
Care of: José Batista Gonçalves Afonso [lawyer representing Laísa]
Rua Barão do Triunfo, 3151, Bairro Marco. Belém, PA. CEP 66093-050.

Fax: +55 (91) 3226 -6491.

E-mail: cptpa@cnbbn2.org.br

GERECHTIGKEIT FÜR AZZA HILAL AHMAD SULEIMAN, ÄGYPTEN

Von Soldaten auf dem Tahrirplatz in Kairo bewusstlos geschlagen



Am 17. Dezember 2011 nahm Azza Hilal Ahmad Suleiman mit einem Freund an einer grossen Protestkundgebung in der Nähe des Tahrir-Platzes in Kairo teil. Die Demonstrierenden wurden von Soldaten angegriffen und flohen. Beim Weglaufen sah Azza Suleiman, wie Soldaten eine junge Frau schlugen und ihr die Kleider vom Leib rissen. Gemeinsam mit ihrem Freund und anderen Protestierenden versuchte sie, die Frau wegzutragen. Daraufhin stiessen die Soldaten Azza Suleiman zu Boden und schlugen sie so lange auf den Kopf, bis sie das Bewusstsein verlor. Ein Armeefizier schoss ihrem Freund mit einer Pistole ins Knie.

Azza Suleiman wachte erst wieder im Krankenhaus auf, wo man sie wegen eines Schädelbruchs behandelte. Sie war so schwer verletzt, dass ihre Bettwäsche mehrfach gewechselt werden musste, weil sie mit Blut durchtränkt war. Später wurde Azza Suleiman in eine andere Klinik verlegt, die sie erst im Januar 2012 verlassen konnte.

Azza Suleiman legte offiziell Beschwerde gegen das brutale Vorgehen der Armee ein und machte eine Zeugenaussage bei der Staatsanwaltschaft. Sie sagte zu Amnesty: «Ich bin der Überzeugung, dass der Militärрат und die Armee für ihr Vorgehen zur Rechenschaft gezogen werden müssen.» Doch bisher ist noch niemand wegen des Angriffs vor Gericht gestellt worden. Ausserdem hat Azza Suleiman bislang keinerlei Wiedergutmachung erhalten.

Im Dezember 2011 gingen die ägyptischen Sicherheitskräfte mit exzessiver Gewalt und scharfer Munition gegen Protestierende in Kairo vor. Dabei wurden mindestens 17 Menschen getötet, Hunderte weitere erlitten Verletzungen. Die Demonstrationen richteten sich gegen den Obersten Militärрат, der nach dem Sturz von Präsident Mubarak im Februar 2011 die Macht übernommen hatte. Bei der Niederschlagung der Proteste nahmen die Soldaten gezielt Frauen ins Visier.

Die Ereignisse vom 17. Dezember wurden gefilmt und ins Internet gestellt. Ein Video ging dabei um die Welt und löste auch in Ägypten grosse Empörung aus: Es zeigt eine Frau, die von Soldaten über den Boden geschleift und bis auf die Unterwäsche entblösst ist. Ein Soldat tritt sie und lässt sie liegen. Azza Suleiman, die eine rote Jacke trägt, und ihr Freund wollen der Frau helfen und werden direkt von Soldaten angegriffen.

- **WERDEN SIE AKTIV UND FORDERN SIE VOM ÄGYPTISCHEN PRÄSIDENTEN MURSI,**
- **umgehend eine unabhängige Untersuchung des Angriffs auf Azza Suleiman einzuleiten und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen,**
 - **dafür zu sorgen, dass Azza Suleiman eine angemessene Entschädigung sowie Unterstützung für medizinische Rehabilitationsmassnahmen erhält.**

Anrede: Exzellenz

Senden Sie Ihre Briefe an:

*President Morsi
Presidential Palace
Heliopolis
Cairo
ÄGYPTEN*

Portokosten für Ägypten: CHF 1.60

FREIHEIT FÜR ALES BIALIATSKI, WEISSRUSSLAND

Als Leiter des Menschenrechtszentrums «Viasna» zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt



Ales Bialiatski ist ein bekannter belarussischer Menschenrechtsverteidiger. Er ist Vorsitzender des Menschenrechtszentrums «Viasna» (Frühling), Vizepräsident der Internationalen Föderation für Menschenrechte (FIDH) und wurde 2012 als Kandidat für den Friedensnobelpreis nominiert. Er sitzt seit 16 Monaten in Haft. Die Behörden beschuldigten ihn, Einkünfte «in grossem Umfang verschleiert» zu haben.

Die Vorwürfe bezogen sich auf die Nutzung privater Bankkonten in Litauen und Polen. Mit diesen Konten sollte die Arbeit des belarussischen Menschenrechtszentrums Viasna (Frühling)

unterstützt werden, dessen Vorsitzender Ales Bialiatski ist. Die belarussischen Behörden hatten Viasna seit 2003 den offiziellen Status als Organisation aberkannt, weshalb Viasna auch kein Bankkonto in Belarus eröffnen durfte.

Ales Bialiatski wurde am 4. August 2011 festgenommen, und am 24. November 2011 zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Das Verfahren entsprach in keiner Weise internationalen Standards, so wurden zum Beispiel Zeugen nicht zu den Anklagepunkten, sondern zu Bialiatskis Menschenrechtsarbeit einvernommen.

Amnesty International hält das Urteil gegen Ales Bialiatski für politisch motiviert mit dem Ziel, seine legitimen Aktivitäten als Menschenrechtler zu behindern. Amnesty betrachtet Ales Bialiatski deshalb als Gewissensgefangenen. Seine Verhaftung ist Teil der systematischen, bereits lange andauernden Schikanen von zivilgesellschaftlich engagierten Personen und MenschenrechtsverteidigerInnen durch die weissrussischen Behörden.

«Ich fühle, dass ich vollkommen unschuldig bin. Ich engagiere mich bereits mein ganzes Leben lang für Menschenrechte und sozialen Aktivismus. (...) Ich bereue keinen einzigen Schritt, den ich in diesen 30 Jahren unternommen habe, um Demokratie und Menschenrechte in Weissrussland zu verteidigen. Alles, was ich tat, tat ich bewusst», sagte Ales Bialiatski in seinem Schlussplädoyer vor Gericht am 23. November 2011, bevor er wieder hinter Gitter musste.

► WERDEN SIE AKTIV UND FORDERN SIE VOM WEISSRUSSISCHEN PRÄSIDENTEN LUKASCHENKO,

- **Ales Bialiatski umgehend und bedingungslos freizulassen und sämtliche Anklagepunkte gegen ihn zurückzuziehen, da er ein gewaltloser Gewissensgefangener ist.**

Anrede: Exzellenz

Senden Sie Ihre Briefe an:

*President Alyaksandr Lukashenka
ul. Karla Marxa 38
220016 Minsk
Belarus*

*Fax: +375 172260610 / +375 172223872
Email: contact@president.gov.by*

Portokosten für Weissrussland: CHF 1.30

► UND SCHICKEN SIE ALES EINE SOLIDARITÄTSBOTSCHAFT INS GEFÄNGNIS:

Textvorschlag – Ales freut sich am meisten über eine Postkarte aus eurer Region:

I am thinking of you: Я думаю пра цябе

We are thinking of you: Мы думаем пра цябе

I am wishing you well: Я жадаю табе дабра

We are wishing you well: Мы жадаем табе дабра

Schicken Sie Ihre Mitteilungen an:

Ales Bialiatski
Penal colony No. 2
1 Sikorsky Street, Babruisk
213800 Mahiliou Region
Belarus

FREIHEIT FÜR NARGES MOHAMMADI, IRAN

Als bekannte Menschenrechtsaktivistin und Mutter kleiner Zwillinge zu sechs Jahren Haft verurteilt



Narges Mohammadi ist wegen ihres mutigen Einsatzes für die Menschenrechte zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Im Gefängnis hat sich ihr Gesundheitszustand so verschlechtert, dass sie zur medizinischen Behandlung vorübergehend entlassen wurde. Doch ihr droht jederzeit die Rückkehr ins Gefängnis.

Die Journalistin Narges Mohammadi war Geschäftsführerin des Zentrums für Menschenrechtsverteidiger («Centre for Human Rights Defenders», CHRD) in Teheran, das von den iranischen Behörden 2008 geschlossen wurde. Mehrere Mitglieder des Zentrums wurden festgenommen und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. 2009 wurde Narges Mohammadis Pass beschlagnahmt. Im Juni 2010 wurde Narges Mohammadi inhaftiert, jedoch nach wenigen Wochen aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes gegen Kautionsentlassung.

Im April 2011 war sie zu Besuch bei ihrer Mutter in der Stadt Zanjan. Plötzlich tauchten ein Mann und eine Frau an der Tür auf, vermutlich Mitarbeiter des Geheimdienstes. Vor den Augen ihrer beiden kleinen Kinder nahmen sie Narges Mohammadi mit. Zwei Tage später konnte sie ihrer Familie in einem kurzen Telefongespräch mitteilen, sie befinde sich in einer Abteilung des Evin-Gefängnisses in Teheran, die der Kontrolle des Geheimdienstes untersteht. Im September 2011 wurde sie vom Revolutionsgericht in Teheran aufgrund von «Handlungen gegen die nationale Sicherheit» und «Propaganda gegen das System» zu elf Jahren Haft verurteilt. In einem Berufungsverfahren wurde die Strafe auf sechs Jahre reduziert. Diese Strafe musste sie im April 2012 antreten. Kurz zuvor sagte sie in einem Interview: «Alles was ich getan habe, habe ich mit guten Absichten für mein Land getan. Ich bin stolz darauf, und ich weiss: Wenn wir im Gefängnis sitzen, gibt es andere Menschen im Iran, die nach Freiheit streben, und die unseren Weg fortsetzen.»

Ende Juli 2012 wurde sie gegen Kautionsentlassung vorübergehend aus der Haft entlassen, um sich in einem Teheraner Krankenhaus behandeln zu lassen. Die 40-Jährige leidet an einer chronischen Muskelerkrankung. Ihr Ehemann Taghi Ramani, der ebenfalls aus politischen Gründen im Iran inhaftiert war, lebt inzwischen in Frankreich im Exil.

► WERDEN SIE AKTIV UND FORDERN SIE VOM IRANISCHEN REVOLUTIONSFÜHRER AYATOLLAH KHAMENEI,

- Narges Mohammadi umgehend und bedingungslos freizulassen,
- zu gewährleisten, dass Narges Mohammadi die notwendige medizinische Versorgung sowie uneingeschränkter Zugang zu ihrer Familie und Anwälten ihrer Wahl erhält, so lange sie sich in Haft befindet.

Anrede: Exzellenz

Senden Sie Ihre Briefe an:

*Ayatollah Sayed Ali Khamenei
Supreme Leader
The Office of the Supreme Leader
Islamic Republic Street – End of Shahid Keshvar Doust Street,
Tehran,
Islamic Republic of Iran*

Portokosten für Iran: CHF 1.60

STOPP DER REPRESSION GEGEN DIE JUGENDBEWEGUNG «GIRIFNA», SUDAN

Eingesperrt, gefoltert, bedroht und eingeschüchtert wegen ihres Einsatzes für Freiheit und Demokratie



Im Februar 2011 wurde die Kunststudentin und «Girifna»-Aktivistin Safia Ishaag von Mitarbeitern des Geheimdienstes verschleppt, bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen und brutal vergewaltigt. Nach ihrer Freilassung schilderte sie die erlittene Gewalt in einem Video, und stellte es ins Internet. Die 26-Jährige wurde daraufhin so massiv bedroht, dass sie ins Ausland fliehen musste. Mehrere JournalistInnen, die über das Schicksal von Safia Ishaag berichteten, wurden verhaftet.

Auch andere «Girifna»-AktivistInnen wurden Opfer staatlicher Unterdrückung. In den vergangenen Monaten wurden ihre Laptops und andere Materialien konfisziert und friedliche Demonstrationen gewaltsam aufgelöst. Viele Mitglieder der Jugendbewegung wurden willkürlich festgenommen und wochenlang ohne Anklage inhaftiert. Dabei durften sie weder zu ihren Familien noch zu Anwälten Kontakt aufnehmen. Einige von ihnen wurden in der Haft misshandelt und gefoltert. Dennoch setzt sich «Girifna» weiterhin für Menschenrechte, freie Meinungsäußerung, Religionsfreiheit und die Rechte der Frauen im Sudan ein, dies vor allem mit öffentlichen Aktionen, um die Menschen auf der Strasse zu erreichen.

Die Jugendbewegung «Girifna» («Wir haben es satt») protestiert seit 2009 gewaltfrei gegen die Regierung von Präsident Omar al-Bashir. Sie wurde von einer Gruppe von Studierenden im Vorfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2010 gegründet. Die Mitglieder forderten die Teilnahme von Oppositionsparteien an den Wahlen. Danach wurden die Mitglieder von «Girifna» vom sudanesischen Geheimdienst gezielt ins Visier genommen. Seit den Massendemonstrationen im Zuge des „Arabischen Frühling“ 2011 hat sich die Repression weiter verstärkt.

► WERDEN SIE AKTIV UND FORDERN SIE VOM SUDANESISCHEN INNENMINISTER:

- die willkürlichen Verhaftungen, Folterungen und andere Misshandlungen sowie Einschüchterung und Bedrohung gegen «Girifna»-AktivistInnen sofort zu beenden und dafür zu sorgen, dass ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit respektiert werden.

Anrede: Exzellenz

Senden Sie Ihre Briefe an:

*Mr Ibrahim Mohamed Hamed
Ministry of Interior
PO Box 873
Khartoum
SUDAN*

Portokosten für Sudan: CHF 1.60

► UND SCHICKEN SIE «GIRIFNA» EINE SOLIDARITÄTS-VIDEOBOTSCHAFT:

Das Video kann bis 90 Sekunden lang sein und sollte mit dem Wort „Girifna“ enden. Bitte keine politischen Inhalte! Schicken Sie das Video an girifnasolidarity@gmail.com .

FREIHEIT FÜR GAO ZHISHENG, CHINA

Verschleppt, gefoltert und inhaftiert wegen seines Einsatzes als Menschenrechtsanwalt



Gao Zhisheng ist einer der bekanntesten Menschenrechtsanwälte Chinas. Seit er 2006 zu einem Hungerstreik aufgerufen hatte, um auf die Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern aufmerksam zu machen, ist er schwersten Repressalien ausgesetzt: Er wurde mehrmals von Sicherheitskräften verschleppt und über Monate an unbekanntem Orten festgehalten. Dabei erlitt er massive Folterungen und Misshandlungen. Im Dezember 2006 wurde er wegen «Anstiftung zur Subversion» zu drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Er konnte danach zwar nach Hause zurückkehren, wurde dort aber zusammen mit seiner Frau und den drei Kindern unter illegalen

Hausarrest gesetzt. Aufgrund der fortgesetzten Misshandlungen und Erniedrigungen floh seine Familie 2009 in die USA.

Am 4. Februar 2009 nahm die Polizei Gao Zhisheng erneut aus seiner Wohnung mit. Erst mehr als ein Jahr später tauchte er wieder auf und gab ein Interview, in dem er die erlittenen Folterungen beschrieb. Er sagte dabei, dass sein Leben aufgrund der erlittenen Schläge „für 48 Stunden an einem seidenen Faden“ gehangen habe. Nach diesem Interview «verschwand» Gao Zhisheng wiederum. Erst 20 Monate später, im Dezember 2011, verkündeten die staatlichen Medien, dass Gao Zhisheng wegen Verletzung der Bewährungsaufgaben in Haft sitze. Bis zu diesem Zeitpunkt wussten seine Angehörigen nicht, ob er tot oder lebendig war.

Gegenwärtig wird Gao Zhisheng in einem Gefängnis in der Provinz Xinjiang im Nordwesten Chinas festgehalten.

► WERDEN SIE AKTIV UND FORDERN SIE VOM CHINESISCHEN PREMIERMINISTER WEN JIABAO

- Gao Zhisheng umgehend und bedingungslos freizulassen,
- zu gewährleisten, dass Gao Zhisheng nicht mehr gefoltert und misshandelt wird, solange er sich noch in Haft befindet

Anrede: Exzellenz

Senden Sie Ihre Briefe an:

Premier of the People's Republic of China
The State Council General Office
2 Fuyoujie
Xichengqu
Beijingshi 100017
China

Fax: +86 10 65961109

Portokosten für China: CHF 1.60

► **UND SCHICKEN SIE GAO ZHISHENG EINE SOLIDARITÄTSBOTSCHAFT INS GEFÄNGNIS:**

Schreiben Sie einen Brief oder eine Postkarte auf Englisch oder Chinesisch an:

Gao Zhisheng
P.O. Box 15, Sub-box 16
Shaya County 842208
Xinjiang Uighur Autonomous Region
China